

Mark Jäckel
Kalkoffenstrasse 1
66113 Saarbrücken
Tel.: 0681 97058950
Fax: 0681 98578312
Mobil: 01577 8071000
eMail: mark.jaeckel@hotmail.com

Generalstaatsanwaltschaft

Herr Oberstaatsanwalt Schöne

Zähringerstraße 12
66119 Saarbrücken

Datum: 02.02.2025

Betreff: Strafanzeige gegen Beate Brand wegen Verdachts auf Rechtsbeugung, Verleumdung, falsche Verdächtigung, Prozessbetrug & Amtsmissbrauch

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Schöne,
hiermit erstatte ich Strafanzeige und stelle Strafantrag gegen

Frau Beate Brand, Amtsleiterin Sozialer Dienst Jugendamt Saarbrücken,

wegen des dringenden Verdachts auf:

- Rechtsbeugung gem. **§ 339 StGB**
- Verleumdung gem. **§ 187 StGB**
- Falsche Verdächtigung gem. **§ 164 StGB**
- Prozessbetrug gem. **§ 263 StGB i.V.m. § 267 StGB**
- Amtsmissbrauch (kein eigenständiger Straftatbestand, aber strafrechtlich relevant)

Ich fordere die unverzügliche Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens.

Sachverhalt: Fortgesetzte Manipulation des Sorgerechtsverfahrens & vorsätzliche Täuschung des Familiengerichts

Frau Beate Brand hat in meiner laufenden Sorgerechtsangelegenheit mehrfach nachweislich manipulativ in das Verfahren eingegriffen, falsche Behauptungen gegenüber dem Familiengericht aufgestellt und Beweise ignoriert oder unterschlagen, um ein für mich nachteiliges Verfahrensergebnis zu erzwingen.

Dies geschah insbesondere:

1. Am 14. September 2023:

- Frau Brand nutzte die Sorgerechtsverhandlung gezielt, um mich zu verleumden, falsche Aussagen zu machen und meine Glaubwürdigkeit zu untergraben.
- Sie behauptete Hausverbote, die es nachweislich nicht gegeben hat.

- Diese und andere Falschdarstellung führte dazu, dass die Inobhutnahme meines Kindes fortgesetzt wurde.
- **Mein Sohn ist seither 16 MONATE! in Obhut, obwohl Alternativen mit mir als Vater bestanden.**

Dies zeigt, dass sich ihr Muster der institutionellen Justiztäuschung **erneut bewährt** – wie bereits zuvor am 25.10.2022 vor dem Familiengericht (F39 221/22 EASO) durch ihre Behörde geschehen.

•

2. Am 12. Dezember 2024:

- Sie hatte sich bereits darauf eingestellt, das Verfahren – wie schon zuvor – allein durch ihre Amtsstellung und unbelegte Behauptungen zu steuern und den Richter erneut in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die unerwartete Absage des Gerichtstermins, entzog ihr diese Möglichkeit abrupt. Ihre Nervosität, die von Anwesenden beobachtet wurde, lässt darauf schließen, dass sie nicht damit gerechnet hatte, dass ihr diese Gelegenheit entzogen wird.
- Noch am selben Nachmittag reagierte sie umgehend um weiterhin die Kindesmutter zu beeinflussen und manipulativ in das laufende Verfahren einzuwirken
- Ihre Untergebene Frau Kuhn drängte die Kindesmutter, betont als „Empfehlung der Amtsleitung“ in ein Mutter-Kind-Heim zu ziehen, **ohne die Alkoholproblematik zu berücksichtigen.**
- Ihr Ziel ist es weiterhin mein Sorgerecht zu verhindern, um eine Amtshaftungsklage gegen das Jugendamt unter ihrer Leitung zu vermeiden.

Dies zeigt, dass sich ihr Muster der institutionellen Justiztäuschung **weiterhin bewähren sollte** – wie bereits zuvor am 25.10.2022, sowie dem 14.09.2022 vor dem Familiengericht durch ihre Behörde, sowie zu „einem unbekannten Zeit im Dezember 2023“ vor der Staatsanwaltschaft (09 Js 1785/24) geschehen

3. Am 28. Januar 2025:

- Frau Brand versuchte erneut, durch gezielte Einflussnahme auf die Kindesmutter das Sorgerechtsverfahren zu manipulieren.
- Durch Kuhn und ihren Vorgesetzten Bonenbeger, setzte sie erneut die Kindesmutter unter Druck – dieses Mal in Persona - um eine Entscheidung in meinem Sorgenrechtsverfahren zu erzwingen. Erneut wurde sie in ein Mutter-Kind-Heim gedrängt und erneut sollte es einen Schutz vor mir begründen, den nicht einmal die Kindesmutter selbst noch beansprucht. Ihre Weigerung weiterhin manipuliert stieß auf Entrüstung der Sacharbeiter für Kindeswohl.

4. Durch strategische Lügen & Prozessbetrug:

- Frau Brand verbreitete nachweislich falsche Tatsachenbehauptungen vor Gericht.
- Beweise zu diesen Manipulationen liegen in Form von E-Mails, internen Dokumentationen und Zeugenaussagen vor.

5. Durch bewusste Vertuschung der Kindeswohlgefährdung:

- Sie hatte Kenntnis von mehrfach belegten Gefährdungen durch die Kindesmutter, verschwieg diese aber gezielt vor Gericht.
- Wichtige Beweismittel (darunter Sprachnachrichten, in denen die Kindesmutter betrunken ist) wurden bewusst nicht weitergeleitet.

Strategische Kriminalisierung & Einschüchterungstaktik gegen mich

- **Am 8. September 2023 sprach ich mit Frau Brand telefonisch und wies sie auf eine geplante Amtshaftungsklage wegen der Versäumnisse ihrer Behörde in Bezug auf mein Kind hin – sechs Tage danach nahm sie mein Kind als „Pfand“**
- Wenige Monate später, am 18. März 2024, kam es zu einer Hausdurchsuchung bei mir – basierend auf haltlosen Vorwürfen.
- Diese Vorwürfe stammten aus einer falschen Verdächtigung, die direkt auf das Jugendamt zurückzuführen ist.
- Die zeitliche Abfolge zeigt eine klare Kausalität zwischen meiner Ankündigung und der darauffolgenden Diskreditierung.

Dies zeigt, dass sich ihr Muster der institutionellen Justiztäuschung **erneut bewährt** – wie bereits zuvor am 25.10.2022 sowie dem 14.09.2022 vor dem Familiengericht (F39 238/23 EASO) durch ihre Behörde geschehen.

Zusammenhang zur Strafanzeige gegen Angelika Schallenberg

- Frau Brand handelte in direkter Abstimmung mit Frau Schallenberg.
- **Schallenberg erhielt bereits am 4. Dezember 2023 Beweise für eine Kindeswohlgefährdung, die sie dem Gericht hätte vorlegen müssen.**
- Stattdessen wurden diese Beweise unterdrückt, und gegen mich wurde ermittelt.
- Die gezielte Einflussnahme durch Brand und Schallenberg belegt ein systematisches Vorgehen zur Manipulation des Verfahrens.

Forderungen & Ermittlungsanordnungen

Ich beantrage folgende Ermittlungsmaßnahmen:

1. **Unverzügliche Sicherstellung, dass Frau Brand keinerlei weiteren Einfluß auf das Leben und die Entwicklung meines Kindes nehmen kann**
2. **Ermittlung gegen Beate Brand wegen sämtlicher in Frage kommender Delikte im Zusammenhang mit ihrem Verhalten ibetroffenen Verfahren**
3. **Einsichtnahme in interne Mails und Kommunikation des Jugendamtes in Bezug auf meinen Fall**
4. **Prüfung der Rolle von Frau Brand in der Kriminalisierung meiner Person und der anschließenden Hausdurchsuchung**

5. Vernehmung von Beate Brand zu ihren nachweislich falschen Behauptungen vor Gericht

6.

AN DIE VERANTWORTLICHE STRAFVERFOLGUNGSBEHÖRDE

Zusätzlicher Nachdruck für die Ermittlungsbehörden

- Die Eingriffe von Beate Brand sind Teil eines systematischen Vorgehens des Jugendamtes Saarbrücken zur Vertuschung von Versäumnissen.
- Ihre Strategie, die Kindesmutter zu stützen und mein berechtigtes Sorgerecht zu verhindern, drohte zu scheitern.
- Mit dem Erlangen meines Sorgerechts wäre der Weg für eine Amtshaftungsklage frei gewesen, dieser Umstand ist Frau Brand bereits sehr früh bewusst geworden
- Dies hat sie mit rechtswidrigen Mitteln verhindert.
- **Die direkte Kausalität zwischen meiner Beweisführung und der gegen mich gerichteten Strafanzeige zeigt ein klares Muster der Repression.**
- Diese Vorgehensweise trägt **alle Merkmale eines Missbrauchs der Strafverfolgung zur Einschüchterung eines Antragstellers.**

Bisherige Verweigerung von Ermittlungen gegen Ringstrukturen

Da Ihre Behörde bereits Ermittlungen gegen ihre direkten Mittelsmänner abgelehnt hat, stellt dieser Fall einen **entscheidenden Test für die Unabhängigkeit der Strafverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland dar** – insbesondere, wenn es um den **Schutz eines Kindes** und die **Aufdeckung systematischer Amtsmissbräuche** geht. Frau Beate Brand, als leitende Verantwortliche, steht im Zentrum eines Netzwerks aus Vertuschung, Manipulation und institutioneller Kindeswohlgefährdung. Ihre Position schützt sie nicht vor strafrechtlicher Verantwortung.

Sollte sich erneut herausstellen, dass diese Ermittlungen durch Ihr Amt blockiert oder verschleppt werden, werde ich eine umfassende Prüfung durch das Justizministerium einfordern und sämtliche Vorgänge der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Ich werde nicht zulassen, dass ein systemischer Skandal dieser Größenordnung weiter unter den Teppich gekehrt wird. In Zeiten, in denen soziale Medien ein effektives Mittel gegen intransparente Machtstrukturen sind, sollte sich niemand darauf verlassen, dass diese Taten unbeachtet bleiben. Der Schutz von Behördenversagen endet dort, wo die Beweislage erdrückend ist

Ich erwarte eine schriftliche Bestätigung dieser Strafanzeige sowie eine Rückmeldung darüber, dass sich der Sache nun endlich angenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Mark Jäckel



für Nicolas